



Die französischen Gewerkschaften rufen auf zum Kampf gegen Macron auf. Bild: cgt.fr

## Frankreichs Gewerkschaften mobilisieren

In Frankreich will Präsident Macron eine Rentenreform im grossen Stil durchführen mit dem Ziel, die Renten zu kürzen und das Rentenalter zu erhöhen. Am 5. Dezember kommt es zur ersten landesweiten Mobilisierung gegen das neoliberale Vorhaben der Macron-Regierung. Weitere werden wohl folgen.

Es zeichnet sich ab: der 5. Dezember könnte in Frankreich wieder zu einem grossen sozialen Protesttag werden. Die führende bürgerliche Tageszeitung „Le Monde“ schrieb am 18. November, das Sozialklima sei „nach wie vor hoch entflammbar“. Manche dächten sogar schon an eine Neuauflage der Bewegung gegen die Rentenreform unter Alain Juppé im November/Dezember 1995, die damals in wesentlichen Teilen aufgegeben werden musste.

### Breiter Widerstand angekündigt

Am stärksten spürbar dürfte zunächst der landesweite Streik der Eisenbahnerinnen und anderen Verkehrsbetriebe ab dem 5. Dezember sein. Dazu aufgerufen haben die drei stärksten Gewerkschaften in der Branche, die CGT, die UNSA und die SUD-Rail, hinzu kommen die Eisenbahnerinnen

CFDT hat sich dem Aufruf nicht angeschlossen. Der Streik ist laut Ankündigung der Gewerkschaften ab dem 5. Dezember. „in Perioden von 24 Stunden wiederholbar“, und zwar für unbegrenzte Zeit. Die Beschäftigten sollen täglich in Vollversammlungen über die Fortsetzung entscheiden. Hinzu kommen die Streiks des Pariser Nahverkehrs (RATP) einschliesslich Metro und Vorortlinien sowie von Nahverkehrsunternehmen in anderen Ballungsgebieten.

Darüber hinaus haben aber die vier Gewerkschaften CGT, FO, FSU (Gewerkschaft des Bildungswesens) und „Solidaires“ (Autonome) für den gleichen Tag zu einem „ersten branchenübergreifenden Streik“ und Demonstrationen in vielen Stadtzentren aufgerufen. Dem haben sich auch die drei Schüलगewerkschaften FIDL, MNL und UNL sowie der Studentenverband UNEF angeschlossen. Selbst Anwältinnen, Feuerwehrleute, Beschäftigte der Finanzämter und sogar Polizistinnen haben in den letzten Wochen schon gestreikt und demonstriert und werden sich am 5. Dezember wohl erneut beteiligen.

Auf politischer Ebene wird laut Ankündigung der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) in der „Bourse de travail“ (Arbeitsbörse) von Saint-Denis am 11. Dezember ein grosses gemeinsames Meeting der französischen Linken gegen die Rentenreform stattfinden. Erstmals seit langem haben alle relevanten Linksformationen zugesagt, von der Sozialistischen Partei (PS) über die Bewegung „France Irrsoumise“ und die links sozialistische Formation „Generations“ bis zu den Grünen (Europe Ecologie - les Verts)

### Punkte sammeln für die Rente

Ob die Stärke des sich entwickelnden Widerstands allerdings dem Vorhaben Macrons tatsächlich Paroli bieten kann, wird sich erst in den kommenden Wochen zeigen. Der französische Staatschef will sich damit als der grosse Rentenreformer präsentieren und bei den Unternehmern lieb Kind machen, der das vollbringt, was seine Vorgänger nicht geschafft oder nicht gewagt haben.

Es geht um eine „Vereinheitlichung“ des französischen Rentensystems. Die 42 derzeit existierenden branchenspezifischen Basis- und Zusatzrentensysteme sollen durch ein einziges „universelles“ Rentensystem nach Punkten ersetzt werden. Jeder Beschäftigte bekommt je nach Höhe seines Arbeitsentgelts und einer Abführung in die Rentenkasse eine bestimmte Anzahl von Punkten, die er Jahr für Jahr auf einem Punktekonto ansammelt, bei hohem Einkommen also mehr und bei kleinem Verdienst in Teilzeitarbeit und im Niedriglohnbereich, bei Arbeitslosigkeit oder bei Zeiten der Kinderbetreuung weniger. Am Ende werden die Punkte nach einem bestimmten Schlüssel in Rentenbezüge umgerechnet.

Angeblich soll das alles nur der Abschaffung von nicht mehr zeitgemässen „Standesprivilegien“, der „Gleichbehandlung“ aller Beschäftigten, besonders von Männern und Frauen, und damit der „sozialen Gerechtigkeit“ dienen. Bei der Durchsetzung dieses Vorhabens gehen Macron und seine Regierung

äusserst vorsichtig vor. Sie betonen ihre „Bereitschaft zum Dialog“ und zum „Kompromiss“. Ein konkreter Gesetzentwurf soll erst im nächsten Jahr vorgelegt werden, vermutlich erst nach den Kommunalwahlen im März. Inkrafttreten soll das Gesetz dann erst ab 2025.

### **Fünf Prozent weniger Rente**

In Wirklichkeit läuft Macrons Vorhaben, wie die Gewerkschaften hervorheben, natürlich doch auf eine Erhöhung des Renteneintrittsalters und eine Absenkung der Rentenhöhe hinaus. Das derzeit geltende Renteneintrittsalter bei 62 Jahren soll zwar formal nicht geändert werden. Aber das tatsächliche Eintrittsalter für den Bezug einer Vollrente wird dennoch auf 64 Jahre (das sogenannte „Pivot-Alter“) heraufgesetzt. Wer früher in Rente gehen will, muss einen Abschlag von fünf Prozent pro Jahr, also 10 Prozent bei Rentenbeginn mit 64 hinnehmen. Umgekehrt soll die Rente für diejenigen, die erst später gehen, um 5 Prozent pro Jahr erhöht werden. Die Beschäftigten sollen also veranlasst werden, länger als bisher zu arbeiten.

Hinzu kommt, dass noch völlig im Dunkeln ist, wer schliesslich den Geldwert der angesammelten Rentenpunkte festlegen wird. Er soll von der Entwicklung der Wirtschaftslage abhängig sein. In Zeiten schlechter Konjunktur und Krise wäre der Wert also niedriger als in besseren Jahren. Das dürfte auf eine generelle Absenkung der Rentenhöhe hinauslaufen.

„Es sind eine Menge Leute nötig, weil diese Regierung, wie übrigens viele Regierungen in der Welt, nur solche Mobilisierungen versteht“, sagte Philippe Martinez, Generalsekretär der CGT, kürzlich in einem Fernsehinterview. Da wird er wohl recht haben.

Vorwärts, 29.11.2019.

Vorwärts > Frankreich. Streik. Vorwaerts, 2019-11-29